



Themen in dieser Ausgabe:

- Kaiser statt Köhler
- Hauptsache, es wird gewählt
- Weitere fünf Jahre Köhler
- Königin Beatrix nach Attentat beliebter denn je

Jahr 3, Ausgabe 8

24.05.09

Bezieher:

CORONA-Nachrichten für Monarchisten

Kaiser statt Köhler

Am Vortag des Zusammentretens der Bundesversammlung in Berlin hatte *Deutschlandradio Kultur* den Historiker *Thomas Biskup* eingeladen, um mit ihm über deutsche Monarchisten zu sprechen. In knapp fünfzehn Minuten wurde die monarchistische Gefühlswelt „der“ Deutschen beleuchtet. Moderator *Joachim Scholl* behalf sich mit Klischees: „Kaiser statt Köhler - die ungebrochene Faszination für Krönchen, Scherpen und dergleichen.“ In ihrer Analyse fanden die beiden Gesprächspartner die Formel, die Monarchisten wollten „Glanz und Glamour“, und eigentlich sei der Bundespräsident ja „viel näher [an] der Rolle der Monarchen in den konstitutionellen Monarchien“. Wozu etwas ändern? Die Deutschen leben ja schon in der besten aller Welten, oder etwa nicht?

Die unbestreitbare Faszination, die Millionen Deutsche für die europäischen Nachbarmonarchien zeigen und die sich in neiderregenden Einschaltquoten bei den Liveübertragungen von „Trooping the Colour“ (steht im Juni wieder an), über Hochzeiten, Jubiläen bis zu Trauerfeierlichkeiten widerspiegeln, konnten auch der Interviewer und sein Gast nicht wegdiskutieren. *Thomas Biskup*: „Wir haben hier in den letzten Jahrzehnten eine neue Dimension der Beobachtung von Monarchie auf einer transnationalen, einer europäischen Ebene entwickelt, die es den Deutschen durchaus erlaubt, ihren Bedarf an royaalem Glamour, Prunk und Zeremonien zu befriedigen, nur eben nicht mehr unbedingt über deutsche Königshäuser. In dem Fall läßt sich sagen, daß die Begeisterung für die ästhetischen Dimensionen der Monarchie, für Zeremoniell zum Beispiel, Staatszeremoniell, sich durchaus verträgt mit einer starken Bindung an das parlamentarisch-demokratische republikanische System.“

Den üblichen Spot über „solche Sektierer“ (*Scholl*), den sich kein deutscher Medienbericht verkneift, muß man in so einem Gespräch in Kauf nehmen. Die deutschen Monarchisten werden eben von niemandem als politischer Gegner gesehen, als ernstzunehmender schon gar nicht. Sie werden als Menschen dargestellt, denen die „*Bulimie der schwedischen Kronprinzessin Victoria*“ ebenso nahegeht wie die „*Gewichtprobleme von Keira Knightley*“ (von wem?). Und „die“ deutschen Monarchisten tun alles, um dieses Bild zu konservieren. Das heißt: Sie tun eigentlich nichts. Oder kennt jemand eine Stellungnahme deutscher Monarchisten zur Bundespräsidentenwahl? H.S.

Hauptsache, es wird gewählt

Wahlen sind ein unabdinglicher Bestandteil jeder Demokratie, jedoch nicht der einzige. Dies gilt in zweierlei Hinsicht: Erstens müssen die Wahlen selbst gewisse Mindeststandards erfüllen. Gestaltet sich die Sicherheitslage etwa in der Art, daß wesentliche Teile der Bevölkerung entweder an der Wahl gehindert oder zur Stimmabgabe für eine bestimmte Gruppierung genötigt werden, kann nicht von allgemeinen und freien Wahlen gesprochen werden. Dasselbe gilt natürlich dann, wenn es bei der Stimmauszählung zu massivem Betrug kommt. Darüber hinaus hört Demokratie nicht mit dem Verlassen des Wahllokales auf. Auch danach müssen gewisse Regeln beachtet werden: Einhaltung von Grundrechten, Presse- und Meinungsfreiheit und das Recht auf Opposition sind nur einige Voraussetzungen für die Umsetzung dieser anspruchsvollen Staatsform.

Unter westlichen Außenpolitikern scheinen diese einfachen Erkenntnisse jedoch weitgehend unbekannt zu sein. Anders ist nicht zu erklären, daß der afghanische Präsident Karsai unter den Augen von Politikern und Diplomaten der in Afghanistan engagierten Staaten für die diesjährigen Präsidentschaftswahlen bereits munter Bündnisse mit Drogenbaronen und Warlords schließen kann, welche ihm den Wahlsieg und den Regionaldespoten ihre Autonomie von Kabul sichern. Mit Demokratie hat dies wenig zu tun.

Ein anderes Beispiel ist Nepal, wo König Gyanendra sich aufgrund des Bürgerkriegs und der damit verbundenen Unmöglichkeit von freien Wahlen weigerte, einen Umengang durchzuführen und dadurch die Unterstützung der USA und seine Krone verlor. Die ihn beerbenden Maoisten waren da einen Schritt weiter. Sie führten 2008 Wahlen durch und erteten dafür auf internationaler Ebene großes Lob, auch wenn die Bevölkerung in den von ihnen kontrollierten Gebieten massiv eingeschüchtert wurde und von einer fairen Wahl nicht die Rede sein konnte. Inzwischen üben sich die wundersam zur Demokratie bekehrten Maoisten im übrigen wieder in altbewährten Gewaltdrohungen, um gegen den Widerstand der anderen Parteien Armeechef Katawal abzusetzen und damit dem Ziel der totalen Kontrolle Nepals einen Schritt näher zu kommen.

Georgiens Präsident Saakaschwili schließlich mußte erst einen Krieg beginnen, bis die ersten Zeitungen hierzulande begannen, seinen Umgang mit der Opposition und den Medien kritisch zu hinterfragen.

Europäische Außenpolitiker hingegen schweigen größtenteils noch immer dazu.

In den drei genannten Fällen sind die Verlierer dieser auch von der

Bundesrepublik getragenen Außenpolitik die Royalisten - mit Gewalt von der Macht verdrängt, ausgebootet oder in der Opposition unterdrückt. Jedem potentiellen Despoten wird hingegen die Nachricht vermittelt, daß er nicht behelligt wird, solange er ab und an eine Art Wahl durchführt.

Eine solche Außenpolitik demokratischer Staaten widerspricht nicht nur ihren eigenen Grundsätzen, sie ist auch höchst ineffizient, wie unter anderem die mageren Ergebnisse des teuren Afghanistaneinsatzes und der sonstigen Bemühungen zur Stabilisierung dieser Länder zeigen.

L.R.



Hätten die Afghanen ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht, wäre er vielleicht König: Thronprätendent Ahmad Shah

Weitere fünf Jahre Köhler

Horst Köhler hat von der Bundesversammlung ein neues Mandat erhalten, fünf Jahre als deutsches Staatsoberhaupt zu amtieren. Mit 613 von 1223 abgegebenen Stimmen erreichte er genau die gesetzlich geforderte absolute Mehrheit plus eine Stimme. *Gesine Schwan* erhielt 503 Stimmen, *Peter Sodann* 91 und *Frank Rennicke* vier. Zehn Bundesversammelte enthielten sich, zwei gaben ungültige Stimmen ab.

Nachdem er vor fünf Jahren im ersten Wahlgang mit 604 zu 580 Stimmen, ebenfalls mit einer Stimme über dem absoluten Muß, gewählt wurde, genießt *Horst Köhler* weiterhin die Sympathie von Kanzlerin *Angela Merkel* und der konservativen Mehrheit der Bundesversammlung. Meinungsumfragen vor dem Wahlakt bescheinigten ihm, er würde bei einer Direktwahl seine Gegenkandidatin *Gesine Schwan* mit haushoher Mehrheit schlagen. Aber solche Umfragen liefern nur Gedankenspiele, denn zu einer Direktwahl des Bundespräsidenten wird es nicht kommen. Die Parteien lassen sich ihre Trumpfkarte nicht nehmen, in Hinterzimmern einen Kandidaten zu küren. Sie können über die Bundesversammlung, deren Zusammensetzung die Bevölkerung nicht direkt beeinflusst, immer die ihnen genehmen Kandidaten durchdrücken. Selbst ein unbekannter „gelernter Sparkassendirektor“ (*Georg Schramm* über *Horst Köhler*), erhält dadurch den fünfjährigen Mietsvertrag für Schloß Bellevue.

Das Grummeln über diese Prozedur wächst zwar alle fünf Jahre, meist unmittelbar vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung, kurz an, aber es ebbt schnell wieder ab und die deutsche Bevölkerung

arrangiert sich mit dem auserkorenen Staatsoberhaupt. Einen Ersatzkaiser nennen sie den Bundespräsidenten schon lange nicht mehr. Das hat man ihnen ohnehin ausgetrieben, weil ein Kaiser eben per se etwas Schlechtes zu sein hat und mit dem Begriff *Paul von Hindenburg*, der „Steigbügelhalter Hitlers“, assoziiert wird. Für Glanz und Glamour sind eben nicht *Horst Köhler* und Gattin zuständig, sondern *Maxima* und *Letizia* (s. Seite 1 dieser *Corona*-Ausgabe).

Deutsche Monarchisten schaffen es - anders als ihre europäischen Freunde - nicht, eine politische Alternative zu formulieren. Die Monarchie ist mehr als nur „schöner anzuschauen“ als ein karges republikanisches Regime, die Monarchie hat eine politische Dimension, die es deutlich zu machen gilt. Sie ist ein Sicherheitsanker. In diesen Tagen der Selbstbeweihräucherung scheint völlig vergessen, daß vor elf Monaten, also noch vor dem Bekanntwerden der Weltwirtschaftskrise und ihrer Folgen, im Berliner *Tagesspiegel am Sonntag* erschreckende Zahlen veröffentlicht wurden: „Immer mehr Menschen entfernen sich von der Demokratie. Jeder dritte Bundesbürger glaubt nicht mehr, daß Demokratie Probleme löst und fast jeder zweite kann sich vorstellen, bei der Bundestagswahl [2009] nicht abzustimmen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Münchner Institut Polis/Sinus im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung“. Das Resümee: „[Der] Glaube an das politische System [ist] offenbar insgesamt dramatisch zurückgegangen.“ Eine stabile Demokratie braucht ein solides Fundament, braucht eine überparteiliche Respektsperson und Kontinuität. Das kann ein Ruck-Präsident nicht leisten. Dazu bedarf es eines erblichen Monarchen. H.S.

Gómez Dávila

Unsere Gesellschaft besteht auf der Wahl ihrer Regierungen, damit der Zufall der Geburt oder die Laune des Monarchen die Macht nicht vielleicht einem intelligenten Menschen übergeben.

Königin Beatrix nach Attentat beliebter denn je

Das Attentat am holländischen Königinnentag, bei welchem acht Menschen ums Leben kamen, die Königsfamilie selbst jedoch unversehrt blieb, konnte das Band zwischen dem niederländischen Volk und der Monarchie nicht schwächen. Besonders die Königin geht gestärkt aus dem Anschlag hervor. Umfragen zeigen, daß nunmehr 81% der Niederländer *Beatrix* sympathisch finden. Vor der Katastrophe waren es „nur“ 72%. Überall, wo die sie in den letzten drei Wochen erschien, wurde sie von der Bevölkerung mit großem Applaus empfangen.

Grund zur Freude ist dies allein allerdings noch nicht. Analysten befürchten, daß das ungezwungene und auf größere Sicherheitsvorkehrungen weitgehend verzichtende Auftreten, welches bislang so charakteristisch für das holländische Staatsoberhaupt war, nun für immer vorbei ist. Darunter könnte auch die traditionelle Volkstümlichkeit der niederländischen Monarchie leiden. Wenn die Holländer ihre Sympathien für die Königin in diesen Tagen mehr als sonst öffentlich bekunden, dann auch, weil sie hoffen, daß alles so bleibt, wie bisher - auch wenn in Zukunft mehr Rücksicht auf begründete Sicherheitserwägungen genommen werden muß.



Königin Beatrix am 4. Mai, dem Befreiungstag der Niederlande. Die Amsterdamer begrüßte sie dabei mit demonstrativem Beifall.

Die Motive, die den allein handelnden Attentäter dazu bewogen, das Verhältnis zwischen den Niederländern und ihrem Staatsoberhaupt in schändlicher Weise auf die Probe zu stellen, werden indes wohl nie vollständig aufgeklärt werden können. Zwar gab *Karst Tate* noch am Tatort zu, daß sein Handeln der Königsfamilie galt, er verstarb jedoch kurz darauf im Krankenhaus, ohne von der Polizei nach seinen Motiven befragt werden zu können.

Die Niederlande sind damit nach den Morden an dem umstrittenen Politiker *Pim Fortuyn* und dem Islamkritiker *Theo van Gogh* zum dritten Mal in einem Jahrzehnt mit einem politischen Attentat konfrontiert, welches die offene Gesellschaft in Frage stellt. Bleibt zu hoffen, daß die Niederländer mit Hilfe der Monarchie auch dieses Mal zu den freiheitlichen Fundamenten ihrer Gesellschaft stehen.

L.R.

Tage:

- 31. Mai 1740: Thronbesteigung König Friedrichs II. von Preußen
- 3. Juni 1740: König Friedrich II. schafft die Folter bis auf wenige Ausnahmeregelungen ab

Impressum:

Herausgeber: Bund aufrechter Monarchisten, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen.

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 24. Mai 2009